



Geschäftsstellen: Diez, Düsseldorf

**Verein gegen
Rechtsmißbrauch e.V.**
Röderbergweg 34
60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 43 35 23
Fax: 069 / 43 05 17 28
VGR-Ffm@t-online.de
www.justizgeschaedigte.de

P r e s s e m i t t e i l u n g

7. August 2017

Als Vorsitzender des Deutschen Richterbundes (DRB) vertritt Jens Gnisa in dessen Pressemeldung vom 3.8.2017 die Meinung, dass mindestens 2000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte nötig sind, wenn die Bürger wirksam vor Kriminalität geschützt werden sollten.

Der DRB-Vorsitzende hat gemäß Frontal 21 vom 2.12.2014 die Ansicht vertreten, in unserem Land fehlten 2000 Richter(innen). Es ist deshalb davon auszugehen, dass die obige Zahl größtenteils fehlende Richter(innen) betrifft.

Wegen der angeblich zu wenigen Richter(innen) habe ich als Vorsitzender des VGR mit Herrn Gnisa Ende 2014 und Anfang 2015 Schriftverkehr geführt. Meine Argumente bezüglich der richterlichen Nebentätigkeiten, die richterliche Arbeitskraft zweckentfremden und die richterliche Unabhängigkeit gefährden, hat Herr Gnisa nicht widerlegt, er hat dies nicht einmal ansatzweise versucht. Offenbar stehen ihm keine Argumente zur Verfügung, die geeignet sind, meine Auffassung zu widerlegen, dass seine Forderung realitätsfremd ist.

Ich füge dieser Pressemitteilung den vorerwähnten Schriftverkehr bei, wobei ich besonders darauf hinweise, dass Herr Gnisa mein Schreiben vom 19.1.2015 nicht beantwortet hat. Des Weiteren füge ich zur allgemeinen Information einige meiner Leserbriefe zum Problem der richterlichen Nebentätigkeiten bei (sie sind auf dieser Seite unter Leserbriefe zu finden), und zwar:

Süddeutsche Zeitung vom 22.9.2011 „Gefahr für die Unabhängigkeit“
Frankfurter Rundschau vom 27.3.2013 „Richterliche Überlastung“
DER SPIEGEL Nr. 50/2013 „Zahlreiche Nebentätigkeiten“
WirtschaftsWoche vom 19.4.2014 „Qualitätsverlust“
FR vom 12.8.2014 „Die Richter sind anderweitig beschäftigt“
FAZ vom 6.1.2017 „Bedenkliche Nebentätigkeiten“

Da die Richterschaft aus eigennützigen Gründen offensichtlich nicht bereit ist, auf bedenkliche Nebentätigkeiten zu verzichten, ist die Politik gefordert, diesen Missstand abzustellen.

V.i.S.d.P.: Horst Trieflinger, Vors., Röderbergweg 34, 60314 Frankfurt am Main